



International Campaign for Tibet Deutschland e.V.  
Schönhauser Allee 163  
Tel.: 030 / 27879086  
Fax: 030 / 27879087  
[www.savetibet.de](http://www.savetibet.de)

## Politische und menschenrechtliche Lage in Tibet

11. Januar 2008

Zusammenfassung

### **1. Überblick: aktuelle politische Entwicklungen in Tibet**

Die **menschenrechtliche und politische Situation in Tibet** hat sich in den Jahren 2006 und 2007 nicht verbessert. In Teilbereichen ist insbesondere nach Amtsantritt des neuen Parteisekretärs der Tibetischen Autonomen Region (TAR) im Mai 2006 hingegen eine Verschärfung der Repression zu beobachten. Dies betrifft vor allem die freie Religionsausübung und die freie Meinungsäußerung. Besorgniserregend ist vor allem die Ausweitung der „Patriotischen Erziehungskampagne“ in den Klöstern Tibets, die der Parteisekretär sowohl auf Parteiveranstaltungen als auch in der westlichen Presse wiederholt angekündigt hatte.<sup>1</sup> Anlass zu großer Sorge ist ferner die unverhältnismäßige und unangemessene Anwendung von Schusswaffengewalt gegenüber tibetischen Flüchtlingen. So wurde z.B. Ende September 2006 eine buddhistische Nonne von chinesischen Grenzbeamten bei einem Fluchtversuch über einen Himalajapass erschossen, was zu internationalen Protesten führte.<sup>2</sup> Am 1. August 2007 ist es zu einem besorgniserregenden Vorfall im osttibetischen Lihang gekommen, bei dem öffentlicher und friedlicher Protest einer Gruppe von Tibetern mit Gewalt aufgelöst und unterbunden worden war. In der Folge sind im November 2007 vier Tibeter zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden.<sup>3</sup> Die Behörden haben ferner unlängst eine Reihe von Vorschriften verabschiedet, die weitere Eingriffe in die Religionsausübung ermöglichen und die Autonomie des tibetischen Buddhismus massiv einschränken. So muss z.B. mit Wirkung zum 1. September 2007 jede Reinkarnation von buddhistischen Würdenträgern und damit deren Anerkennung von den Behörden genehmigt werden. Offenbar zielt diese Regelung auch darauf ab, die Nachfolge des 14. Dalai Lama bestimmen zu können. Die im Vorfeld der

---

<sup>1</sup> Vgl. DER SPIEGEL 33/2006, „Er hat sein Vaterland betrogen“;

<sup>2</sup> Vgl. International Campaign for Tibet vom 8. Februar 2007, „2006 Refugee Report: Dangerous Crossing - 2006 Update“;

<sup>3</sup> Vgl. International Campaign for Tibet vom 20. November 2007, „Long sentences for spying and splitism follow Tibetan nomad's call for Dalai Lama to return to Tibet“;

<http://www.savetibet.org/news/newsitem.php?id=1186>;

Olympischen Spiele 2008 vorgenommenen Erleichterungen in Recherche und Reisemöglichkeiten für ausländische Journalisten gelten überdies nicht für Tibet.<sup>4</sup>

Die **Dialogbemühungen der Gesandten des 14. Dalai Lama** sind mit den Gesprächen in der VR China im Juli 2007 in eine weitere Runde gegangen. Position der tibetischen Exilregierung und des 14. Dalai Lama ist nach wie vor die Politik des „Mittleren Wegs“. Kern dieser Politik ist der Verzicht auf staatliche Unabhängigkeit und die Forderung nach substantieller und echter Autonomie der Tibeter auf der Grundlage des sog. Fünf-Punkte-Plans von 1987 (u.a. Durchführung demokratischer Wahlen, Wahrung von Menschenrechten, Demilitarisierung, Schutz von Umwelt und Natur, Kontrolle der Zuwanderungsbewegung von Han-Chinesen nach Tibet). Zentrale Forderung der Tibeter ist die Wiedereinrichtung einer Verwaltungseinheit in den Grenzen des historischen Tibets – den Regionen U-Tsang, Kham und Amdo, die im Jahre 1965 in die chinesischen Provinzen TAR, Qinghai, Yunnan, Gansu und Sichuan aufgegliedert worden sind. Die chinesische Seite bezeichnet die Gespräche mit den Gesandten des Dalai Lama als private Angelegenheit des Dalai Lama<sup>5</sup> und vertritt in der internationalen Öffentlichkeit die Auffassung, der Dalai Lama verfolge das Ziel der Unabhängigkeit Tibets von der Volksrepublik China. Die vor allem seit Mitte 2006 zunehmend scharfe Rhetorik gegen die Person des Dalai Lama, die ausbleibenden Verbesserungen im menschenrechtlichen und politischen Bereich und die großen zeitlichen Abstände zwischen den Gesprächsrunden haben in der Vergangenheit Anlass zur Sorge gegeben, dass die Gespräche keine Fortschritte zur Lösung der Tibet-Frage leisten werden.

## **2. Teilbereiche**

### **Glaubens- und Religionsfreiheit**

Glaubens- und Religionsfreiheit und die freie Religionsausübung unterliegen in Tibet nach wie vor massiven und systematischen Einschränkungen. Vorschriften, die am 1. März 2005 in Kraft getreten sind,<sup>6</sup> sehen Sanktionen vor, sollten Anforderungen bspw. im Hinblick auf die Registrierung von Glaubensgemeinschaften nicht beachtet werden. Auch diese Vorschriften schützen nur die „legitime“ Religionsausübung und es ist zu befürchten, dass die Betonung von Sanktionsmaßnahmen eine noch restriktivere Behandlung der Religionen zur Folge haben wird. Was unter „legitimer“ Religionsausübung zu verstehen ist, definieren weiterhin die Behörden für religiöse Angelegenheiten. Am 1. Januar 2007 sind darüber hinaus Durchführungsvorschriften für die TAR in Bezug auf die Religionsausübung in Kraft getreten, die die landesweiten Vorschriften konkretisieren und zahlreiche weitere Genehmigungspflichten und Einschränkungen für religiöse Aktivitäten vorsehen.<sup>7</sup> Am 1. September 2007 sind ferner landesweit geltende Vorschriften in Kraft getreten, die Reinkarnationen buddhistischer Geistlicher nur noch mit Zustimmung der Behörden zulassen. Offenbar will die Staatsführung mit der Verabschiedung dieser Regelungen die Nachfolgeregelungen auch für höchste buddhistische Würdenträger, darunter den Dalai Lama, für sich beanspruchen. Der Sonder-

---

<sup>4</sup> Vgl. Human Rights Watch, August 2007, „You Will Be Harassed and Detained“; <http://hrw.org/reports/2007/china0807/>;

<sup>5</sup> DER SPIEGEL, s.o.;

<sup>6</sup> Erlass des Staatsrates Nr. 426 vom 7. Juli 2004;

<sup>7</sup> Vgl. International Campaign for Tibet vom 26. April 2007, „The communist party as living Buddha – the crisis facing Tibetan Buddhism under Chinese control“; <http://savetibet.org/documents/document.php?id=226>;

gesandte des 14. Dalai Lama, Lodi G. Gyari, äußerte die Besorgnis, dass die Regelungen „in das Herz tibetischer religiöser Identität“ zielten und damit für weitere „Ablehnung und Vorbehalte unter den Tibetern“ sorgen würde.<sup>8</sup>

Mehrere namhafte buddhistische Geistliche wie die Mönche Tenzin Delek Rinpoche oder Bangri Rinpoche, die offenbar aufgrund ihres sozialen Engagements in das Visier der Behörden geraten sind, sitzen immer noch langjährige bzw. lebenslange Haftstrafen ab, obwohl ihre Gerichtsverfahren internationalen Standards nicht entsprochen haben. Ferner hat der Staat mit sog. „Demokratischen Verwaltungskomitees“ Kontroll- und Überwachungsmechanismen geschaffen, die die Autonomie der Klöster und ihre Geistlichen massiv bedrohen. Widerstand gegen „patriotische Umerziehungsmaßnahmen“ in den Klöstern wird mit Gewalt und Repression – wie z.B. im Oktober 2005 im Kloster Drepung<sup>9</sup> – beantwortet. Im Dezember 2006 erließen die Behörden in Lhasa ein Verbot an der Teilnahme an einem wichtigen traditionellen buddhistischen Fest. Betroffen waren u. a. Angehörige und Mitarbeiter der staatlichen Ämter und Behörden.<sup>10</sup> Ähnliche Verbote wurden im März und Mai 2007 verhängt.<sup>11</sup> Chinesische Behörden haben ferner im Mai und im September 2007 zwei bedeutende buddhistische Statuen zerstört, was im Zusammenhang mit den in 2005 und 2007 neu erlassenen Regelungen über die Religionsausübung gesehen wird. Diese sehen auch Einschränkungen für die Errichtung von religiösen Stätten vor.<sup>12</sup> Schließlich weigert sich die chinesische Staatsführung beharrlich, trotz wiederholter internationaler Aufforderung einen unabhängigen Zugang zum entführten Panchen Lama zu gewähren.

Empfehlungen der International Campaign for Tibet sind u. a.:

- Änderung und Aufhebung repressiver Vorschriften über die Religionsausübung;
- Auflösung der „Demokratischen Verwaltungskomitees“;
- Ende der „patriotischen Erziehungskampagnen“ in den Klöstern;
- Freilassung politischer Häftlinge, einschließlich des Panchen Lamas;
- Selbstbestimmte Auswahl religiöser Würdenträger.

## **Flüchtlinge**

Jährlich fliehen mehr als 3.000 Tibeter über den Himalaja nach Nepal oder Indien. Sie verlassen Tibet entweder wegen der repressiven politischen Lage, der fehlenden Religionsfreiheit oder aus Mangel an Perspektiven in Bildung und Beruf. Die Fluchtbedingungen sind äußerst hart und die Situation tibetischer Flüchtlinge ist insbesondere in Nepal besorgniserregend. In der Vergangenheit war von Peking wiederholt Druck auf die nepalesische Regie-

---

<sup>8</sup> Vgl. International Campaign for Tibet vom 15. August 2007; „New measures on reincarnation reveal Party's objectives of political control“; <http://www.savetibet.org/news/newsitem.php?id=1159>;

<sup>9</sup> Vgl. International Campaign for Tibet vom 30. November 2005, „New wave of 'patriotic education' leads to religious crackdown in Lhasa“, <http://www.savetibet.org/news/newsitem.php?id=878>;

<sup>10</sup> Vgl. International Campaign for Tibet vom 9. Januar 2007, „Tibetans banned from marking traditional Buddhist anniversary“, <http://www.savetibet.org/news/newsitem.php?id=1077>;

<sup>11</sup> Vgl. International Campaign for Tibet vom 15. August 2007, „New measures on reincarnation reveal Party's objectives of political control“, <http://www.savetibet.org/news/newsitem.php?id=1159>;

<sup>12</sup> Vgl. International Campaign for Tibet vom 14. Juni 2007; „Demolition of giant Buddha statue at Tibetan monastery confirmed by China“, <http://www.savetibet.org/news/newsitem.php?id=1144>; vgl. International Campaign for Tibet vom 1. November 2007, „Rare protest as Tibetans attempt to save Buddhist statue from demolition“, <http://www.savetibet.org/news/newsitem.php?id=1183>;

rung ausgeübt worden, damit nach Nepal geflohene tibetische Flüchtlinge wieder chinesischen Behörden übergeben werden. Tibetische Flüchtlinge laufen zudem Gefahr, Opfer von gewaltsamen Übergriffen chinesischer Grenzbehörden zu werden. Am 30. September 2006 wurde die tibetische Nonne Kelsang Namtso bei dem Versuch, über den Nangpa Pass nach Nepal zu fliehen, von chinesischen Grenzbeamten erschossen, ohne dass von der Gruppe der tibetischen Flüchtlinge eine unmittelbare Gefahr ausgegangen war. Im Oktober 2007 musste ein vergleichbarer Vorgang, bei dem Schusswaffen angewendet wurden, zur Kenntnis genommen werden.<sup>13</sup>

Empfehlungen der International Campaign for Tibet sind u. a.:

- Die Regierung der VR China muss es unterlassen, Druck auf die nepalesische Regierung auszuüben, um diese zur Rückführung tibetischer Flüchtlinge und zur Beschneidung der Rechte von legal in Nepal ansässigen Tibetern zu bewegen;
- Die chinesischen Grenzbehörden dürfen Zwangsmittel und Gewalt gegenüber tibetischen Flüchtlingen nicht in unverhältnismäßiger und unangemessener Weise einsetzen.

### **Politische Gefangene und Folter**

Willkürliche Festnahmen und lange Haftstrafen aufgrund friedlicher Meinungsäußerung sind in Tibet weiter an der Tagesordnung. Mindestens einhundert Fälle von politischen Gefangenen in Tibet sind dokumentiert, wobei von einer signifikanten Dunkelziffer auszugehen ist. Die chinesischen Behörden haben zudem mit der Inbetriebnahme eines neuen Hochsicherheitsgefängnisses in Chushur unweit von Lhasa neue Kapazitäten für die Unterbringung von politischen Gefangenen geschaffen. Anlass für Verhaftungen sind: das Drucken von politischen Flugblättern, „Anstiftung zur Spaltung des Landes“, Bildung von „konterrevolutionären“ Organisationen, Spionage und Weitergabe von Informationen an die „Dalai-Clique“, das Rufen „reaktionärer Slogans“, Anstiftung zu „reaktionären Liedern“, das Hissen oder der Besitz der tibetischen Flagge, „fehlende Reformbereitschaft“ oder die Teilnahme an Demonstrationen. Die Mehrheit der politischen Häftlinge sind buddhistische Geistliche. Auch unter der übrigen Bevölkerung hat die Zahl der politischen Verhaftungen zugenommen. Eine Vielzahl von regimekritischen Jugendlichen, Lehrern und Laien sind in das Visier der Behörden geraten. Im September 2005 war der tibetische Intellektuelle Dolma Kyab vermutlich wegen des Vorwurfs der Spionage zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt worden, weil er ein Buch über tibetische Geschichte und Kultur geschrieben hatte.<sup>14</sup> Im November 2007 ist in einem aufsehenerregenden Fall der tibetische Nomade Runggye Adak neben drei weiteren Personen zu einer achtjährigen Haftstrafe verurteilt worden, weil er im August 2007 in der osttibetischen Stadt Lithang öffentlich die Freilassung von politischen Gefangenen und die Rückkehr des Dalai Lama nach Tibet gefordert hatte. Ferner waren im September 2007 in der tibetischen Stadt Labrang sieben Schulkinder inhaftiert worden, weil ihnen das Schreiben von Graffiti, die die Rückkehr des Dalai Lama und Freiheit für Tibet forderten, vorgeworfen wur-

---

<sup>13</sup> Vgl. International Campaign for Tibet vom 30. Oktober 2007, „Tibetans crossing Nangpa Pass fired upon by border police, one year on from death of Tibetan nun“, <http://www.savetibet.org/news/newsitem.php?id=1181>;

<sup>14</sup> Vgl. International Campaign for Tibet vom 8. August 2006, „Tibetan scholar sentenced to ten years in prison after writing book on history and culture“, <http://www.savetibet.org/news/newsitem.php?id=1013>;

de.<sup>15</sup> Obwohl die Volksrepublik China bereits im Jahre 1988 das internationale „Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe“ (CAT) unterzeichnet hat, ist die Anwendung von Folter in Tibet nach wie vor weit verbreitet. Tibetische politische Gefangene werden besonders am Anfang ihrer Haftzeit häufig von chinesischen Sicherheitsbeamten gefoltert.

Empfehlungen der International Campaign for Tibet sind u.a.:

- Entlassung aller Gefangenen, die allein wegen ihrer gewaltlosen Überzeugung oder ihrer friedlichen Aktivitäten verhaftet wurden;
- Offenlegung aller Details über Gefangene, die internationalen Beobachtern bisher vorenthalten wurden;
- Einhaltung internationaler Normen für Gerichtsverfahren durch den Schutz der Rechte des Angeklagten.
- Offenlegung vollständiger Informationen über Folteropfer;
- Strafrechtliche Konsequenzen der für Folter und Misshandlungen Verantwortlichen.

---

### ***Über die International Campaign for Tibet:***

Die International Campaign for Tibet (ICT) tritt für die Einhaltung der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht des tibetischen Volkes ein. Seit über 50 Jahren hält die chinesische Regierung Tibet besetzt. ICT wurde 1988 gegründet und verfügt über Büros in Washington, D.C., Amsterdam, Berlin und Brüssel. ICT ist gemeinnützig und finanziert sich aus Spenden. Mitglieder des Internationalen Beirats sind u.a. die Nobelpreisträger Desmond Tutu, Elie Wiesel und Mairead Maguire. Vorstandsvorsitzender von ICT-USA ist der Schauspieler Richard Gere. Weltweit hat ICT über 100.000 Förderer.

[www.savetibet.de](http://www.savetibet.de)  
[www.racefortibet.org](http://www.racefortibet.org)

---

<sup>15</sup> Vgl. International Campaign for Tibet vom 2. Oktober 2007, „Schoolboys blamed for Tibet graffiti still held incommunicado after beatings“, <http://www.savetibet.org/news/newsitem.php?id=1170>;